



FORUM

MIGRATION

AUSLÄNDISCHE AZUBIS

Jenseits der Zahlen

In jedem Herbst stellt sich mit dem Beginn des Ausbildungsjahrs immer wieder die Frage, wie der Markt aussieht, auf den die jugendlichen Schulabgänger wollen, um ihr Arbeitsleben zu beginnen. Die Daten der Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr: Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze ist gegenüber dem Vorjahr um knapp 500 gesunken. Allerdings lohnt ein genauer Blick. Im Westen ist die Zahl um 2,3 Prozent auf 509.607 gestiegen, im Osten um 4,6 Prozent auf 221.441 gesunken.

Daran knüpft die Frage an: Wie viele schaffen es nicht? Dies gilt besonders für eine auf dem Ausbildungsmarkt eher benachteiligte Gruppe, ausländische Jugendliche. Bei der Bundesanstalt als nicht vermittelt gemeldet sind in diesem Jahr 2.439 Schulabgänger mit einem ausländischen Pass. Verglichen mit dem Vorjahr hört sich das zunächst einmal gut an, damals waren es 2.931. Allerdings ist die Zahl der Bewerber von 71.986 auf 65.337 zurückgegangen.

Nun kann man auf die statistische Pirsch gehen und versuchen, herauszufinden, wieso die Zahl der Bewerber gesunken ist, wenn gleichzeitig – und das ist der Fall – die Zahl der Schulabgänger höher ist als im Vorjahr. Das ist sicherlich wichtig und sollte gemacht werden. Zumindest genauso wichtig ist etwas anderes, nämlich einmal nachzusehen, was an Positivem geschieht, was man daraus lernen kann und wo Mängel bestehen.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) vermeldet zum Beispiel, dass der Anteil ausländischer Azubis im Handwerk bundesweit bei neun Prozent liegt und das Handwerk damit von allen Wirtschaftszweigen am meisten ausländische Jugendliche ausbildet. Allerdings ist das kein Anlass, sich zurückzulehnen. Der Anteil ausländischer Jugendlicher im Alter von 15 bis

18 Jahren liegt nämlich bei 13 Prozent. Der Hinweis, dass andere eine noch geringere Ausbildungsquote haben, kann das Handwerk als Beleg nehmen, besser zu sein als die anderen – mehr aber nicht.

Um die Situation zu verbessern, wurden zum Beispiel die Ausbildungsberater der Handwerkskammern für die Berufsausbildung von Migranten weitergebildet. Sie sind der wichtigste Ansprechpartner der Betriebe. Die Beratung wird dann schon einmal – etwa bei der IHK Essen – bewusst mit dem Werben um die Schaffung neuer Arbeitsplätze verbunden, vor allem in Unternehmen im Besitz von Ausländern. Diese nämlich wissen oft nicht, wie sie Ausbildungsplätze schaffen können.

Es gibt natürlich auch Initiativen in anderen Wirtschaftsbereichen. So versucht das lokale Bündnis für Arbeit in Wuppertal erfolgreich die Zahl ausländischer Azubis im öffentlichen Dienst zu erhöhen (siehe Forum Migration Nr. 11).

Die Schaffung von Ausbildungsplätzen ist aber nur die eine Seite. Die Jugendlichen, besonders aber auch ihre Eltern müssen besser über das Berufsbildungssystem informiert werden. Geleistet werden kann das sicher über Integrationskurse für neu Ankommende. Aber auch für die, die hier sind gibt es Angebote. So wird etwa den Bewerbungstrainings, die die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg durchführt, zumindest am Rande immer auch über Berufe und das Bildungssystem informiert. Und es gibt die Beratung der Arbeitsämter.

Wenn die positiven Beispiele aufgegriffen und nachgemacht werden – und all das noch einigermaßen systematisch –, wirken die jährlichen Zahlen zu Beginn des Ausbildungsjahrs etwas anders, weil dann der Optimismus da ist, dass sie veränderbar sind und sich verändern werden.

Inhalt

SEITE 2

- **Gesetz über Lebenspartnerschaften:** Folgewirkung
- **EU-Richtlinie:** Zeitweiliger Schutz für Flüchtlinge
- **Fachtagung:** Gleichbehandlung oder positive Diskriminierung
- **Broschüre:** Mehrsprachigkeit in Schulen

SEITE 3

- **Bereich Migration und Qualifizierung:**
 - Ab jetzt im Internet
 - Dank Xenos: Drei neue Newsletter

SEITE 4

- **Erwin Lanc (SPÖ),** früherer Außenminister der Republik Österreich: EU-Erweiterung – Lust oder Last
- **ITES-Jahrbuch:** Rechte türkischer Migranten
- **Ausländer in Leipzig:** Detaillierte Daten

Zahlenwerk

Die beliebtesten Ausbildungsberufe ausländischer Azubis im Jahr 2000

| | |
|----------------------------|------|
| Friseur/in | 5915 |
| Kfz-Mechaniker/in | 5043 |
| Maler und Lackierer/in | 3715 |
| Elektroinstallateur/in | 3033 |
| Gas-/Wasserinstallateur/in | 2475 |
| Metallbauer/in | 2146 |
| Fachverkäufer/in Bäckerei | 1219 |
| Heizungs-/Lüftungsbauer/in | 1213 |
| Maurer/in | 1145 |
| Bäcker/in | 941 |

Quelle: Deutscher Handwerkskammertag

Mehrsprachigkeit an Schulen.

„Deutschland als Einwanderungsgesellschaft zu verstehen, heißt nicht länger über das Ob, als vielmehr über das Wie, über die Gestaltung von Zuwanderung und Integration der Einwanderer in unsere Gesellschaft zu diskutieren.“
So die Bundesausländerbeauftragte Marieluise Beck in einer von ihr herausgegebenen Broschüre zum Thema Mehrsprachigkeit. Der Autor Till Baumann untersucht darin Maßnahmen und Konzepte der Sprachförderung für Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Herkunftssprache in den verschiedenen Bundesländern. Dieser Überblick soll anregen, die bestehenden Unterrichtsmodelle im Sinne einer Erziehung zur Mehrsprachigkeit weiterzuentwickeln. Angesprochen sind nicht nur Pädagogen, sondern Interessierte, die sich über Sprachvermittlung als Grundlage für Integration informieren wollen.

Mehrsprachigkeit an deutschen Schulen – ein Länderüberblick
Herausgeber: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen

Bestellungen:

Postfach 14 02 80
53107 Bonn
Tel.: 0228 / 527 - 2346 / 27 58
Fax: 0228 / 527 - 27 60

GESETZ ÜBER LEBENSPARTNERSCHAFTEN

Folgewirkung

Es ist nicht so wie bei der Chaos-Theorie und dem aus ihr bekannten Flügelschlag des Schmetterlings mit seinen Folgen. Ein wenig in diese Richtung geht es aber schon: Wenn ein Gesetz im Parlament verabschiedet wird, hat das Folgen auch für andere Gesetze. Dies war auch der Fall beim Gesetz über gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften.

Da gibt es zum einen Änderungen, deren Reichweite eher gering ist, etwa wenn entsprechend dem Betriebsverfassungsgesetz nicht mehr nur Ehegatten und Verwandte ersten Grades, die in häuslicher Gemeinschaft mit dem Arbeitgeber leben, nicht als Arbeitnehmer gelten, sondern nun auch Lebenspartner.

Von weiter reichender Bedeutung sind da schon andere Veränderungen. Die Änderung

des Ausländergesetzes sieht nun in §27a den Nachzug eines gleichgeschlechtlichen Lebenspartners vor: „Dem ausländischen Lebenspartner eines Ausländers kann eine Aufenthaltserlaubnis für die Herstellung und Wahrung der lebenspartnerschaftlichen Gemeinschaft mit dem Ausländer im Bundesgebiet erteilt und verlängert werden.“ Entsprechend gilt das für die Aufenthaltbewilligung.

Ebenfalls verändert – spricht: gleichgestellt – wurden Lebenspartner unter anderem im Staatsangehörigkeitsgesetz, in der Anwerbestoppausnahmereverordnung und in der Arbeitsgenehmigungsverordnung.

Eine kurze Auswertung der Folgen des Gesetzes über Lebenspartnerschaften gibt es **im Fax-Abruf** unter: 0211 / 43 01 - 601. Informationen **im Internet** gibt es unter: www.lsvd.de/partg/

EU-RICHTLINIE

Zeitweiliger Schutz für Flüchtlinge

Die am 20. Juli beschlossene EU-Richtlinie über den „zeitweiligen Schutz“ von Menschen, die in großer Zahl gezwungen sind, ihr Land zu verlassen, ist Mitte August in Kraft getreten. Zielsetzung der Richtlinie ist es, Mindestnormen für die Bewilligung eines sofortigen, zeitweiligen Schutzes im Falle eines massiven Flüchtlingsstroms festzulegen. Für die Dauer des Schutzes bedeutet dies unter anderem die Bewilligung einer Aufenthaltserlaubnis, das Recht zu arbei-

ten oder Unterricht zu besuchen, medizinische Hilfe und Hilfe bei der Wohnungssuche. Die Auslösung dieses Mechanismus wird vom Ministerrat auf Basis eines Vorschlags der Kommission mit qualifizierter Mehrheit beschlossen. Er gilt für ein Jahr und kann zwei Mal sechs Monate verlängert werden. Bei Andauer der Krisensituation kann der Rat eine weitere Verlängerung um maximal ein Jahr beschließen.

Die Richtlinie steht **im Fax-Abruf** unter 0211 / 43 01 - 600 (14 Seiten). Dieses Thema wird auf den **Seminaren** „Ausländerrecht – aktuelle Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung“ vom 9. bis 14. Dezember 2001 in Berlin und „Amsterdamer Vertrag – Asyl- und Migrationspolitik der EU“ vom 18. bis 23. November in Niederpöcking behandelt (siehe Seminarankündigungen).

FACHTAGUNG

Gleichbehandlung oder positive Diskriminierung?

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausländischer Herkunft sind auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor in einer benachteiligten Situation. Sie sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und besetzen häufiger untere berufliche Positionen im Betrieb. Bei der Suche nach den Ursachen stellt sich oft die Frage, inwieweit unzureichende schulische und berufliche Bildung eine Rolle spielen und wo Personalpolitik die kulturellen, biografischen und familiären Besonderheiten von Migranten nicht ausreichend berücksichtigt. Um den ausländischen

Beschäftigten bessere Chancen bieten zu können, plädieren viele betriebliche Akteure für Förderprogramme im Rahmen einer so genannten positiven Diskriminierung. Dagegen steht der Anspruch der Gleichbehandlung.

Mit diesem Spannungsfeld befasst sich eine Fachtagung, die gemeinsam vom DGB Bildungswerk und der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet wird. Ansatzpunkt sind betriebliche Erfahrungen und Modelle, um die beruflichen und sozialen Kompetenzen aller Beschäftigten fördern zu können.

„Gleichbehandlung oder positive Diskriminierung? – Betriebliche Modelle der Integration von ArbeitnehmerInnen ausländischer Herkunft“
Tagungsort: Bonn
Termin 27. November 2001
Information und Anmeldung bei: Friedrich-Ebert-Stiftung
Claudia Unkelbach
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Tel.: 0228 / 883 - 272
Fax: 0228 / 883 - 398

Das Seminarjahr neigt sich dem Ende zu. Die Vorbereitungen für das Bildungsangebot im Jahr 2002 laufen auf Hochtour. In diesem Jahr bietet der Bereich Migration und Qualifizierung beim DGB Bildungswerk noch folgende Seminare an:

- **Fremdenfeindlichkeit und Rassismus – Aufbaukurs Anti-Rassismus-Training. 4. bis 7. November, Tagungszentrum IG Medien, Springen**
- **Amsterdamer Vertrag – Asyl- und Migrationspolitik der EU. 18. bis 23. November, DGB-Bildungszentrum Niederpöcking. 9. bis 14. Dezember 2001, Bildungsstätte ÖTV, Berlin**

Anmeldungen bei:
DGB-Bildungswerk, Bereich Migration und Qualifizierung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf
Fax: 0211 / 43 01 - 134
migration@dgb-bildungswerk.de

EIN EIGENER SACHE

Abo-Möglichkeit: Wer Interesse am Forum Migration hat, kann es kostenlos abonnieren. Wer Forum Migration abonniert hat, kann es weiter empfehlen, wenn er oder sie es für empfehlenswert hält.

Bestellungen an:

DGB-Bildungswerk
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Fax: 0211/43 01 - 134

Wer Fragen zu den neuen News-
lettern hat und sie möglicher-
weise abonnieren möchte, kann
ebenfalls faxen oder anrufen bei:
Klemens Büsch 0211/43 01 - 192
oder mailen: Klemens.Buesch@
dgb-bildungswerk.de

Bereich Migration und Qualifizierung

Ab jetzt im Internet

Mit dem Erscheinen dieser Ausgabe von Forum Migration ist der Bereich Migration und Qualifizierung auch im Netz, Adresse: www.migration-online.de

Aber im Vorfeld wurde natürlich getestet, KollegInnen befragt, weil vier Augen mehr sehen als zwei oder besser: 100 mehr als 14. Und wie nicht anders zu erwarten reichten die Reaktionen von „tja, da müsste man noch“ und „textlastig“ bis „das ist schon gut“ und „find ich Klasse, grafisch und du kommst an Inhalte“.

Hier könnte man den Volksmund zitieren: „Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“ Nur ein Sprichwort, das in einer agrarisch strukturierten Gesellschaft geboren wurde, passt nicht ins Internetzeitalter. Ziel ist es, Menschen mit ganz verschiedenen Interessenslagen gleichzeitig anzusprechen. Das sind Experten aus der Migrationsarbeit und interessierte Laien, Betriebs- und Perso-

nalräte und Wissenschaftler, die sich mit dem Thema Migration befassen. Und natürlich solle die Internetseite auch jene neugierig machen, die eher zufällig über einen Link darauf geraten. Kurzum: Bedient werden muss so etwas wie der ideale Gesamt-User.

Und der kann sich dann Durch Themen- und Schlagworttexte klicken, in Publikationen stöbern oder sie systematisch nutzen, um sich sachkundig zu machen. Es besteht die Möglichkeit, Texte herunter zu laden, oder auch die Print-Version online zu bestellen. Wer an einem Seminar oder einer Veranstaltung teilnehmen möchte, kann sich per Internet anmelden.

Also: www.migration-online.de anklicken, hineingucken und sich schlau machen. Und natürlich: Für Anregungen, Meinungen und Tipps sind wir dankbar.
Die Adressen dafür: Tel.: 0211/ 4301-192 (Klemens Büsch), Fax: 0211/ 4301-134
Klemens.Buesch@dgb-bildungswerk.de

Dank Xenos: Neu im Dreierpack

Drei neue Newsletter – herausgegeben vom Bereich Migration und Qualifizierung beim DGB Bildungswerk – kommen demnächst auf den Markt. Genauer gesagt handelt es sich um einen monatlichen Newsletter und zwei Dienste, die vierteljährlich erscheinen. Die Herausgabe ist zunächst auf drei Jahre terminiert und wird ermöglicht durch eine Förderung im Rahmen des EU-Programms Xenos, das in Deutschland vom Bundesarbeitsministerium verwaltet wird.

Jeweils am 15. eines jeden Monats erscheint ab November „Aktiv gegen Rassismus“. Inhaltlich geht es vor allem um die Darstellung von Aktivitäten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Arbeitswelt, wobei Arbeitswelt nicht allein Betriebe meint. Wir werden über Beispiele berichten, wie Engagement umgesetzt wird und damit Mut machen, selbst aktiv zu werden. Daneben berichten wir über politische Entwicklungen, die für das Themen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus von Bedeutung sind.

Der Newsletter richtet sich an Interessierte, die aktiv werden wollen, aber auch an Akteure in der Arbeitswelt generell – da sind gleichermaßen Betriebsräte und Personalabteilungen, aber auch Lehrerinnen und Lehrern

an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen und WissenschaftlerInnen.

Im Dezember wird der erste „Datendienst“ veröffentlicht. Darin werden wir Zahlen und Informationen zu jeweils einem migrationspolitischen Schwerpunktthema aufbereiten. Themen werden die verschiedenen in Deutschland lebenden MigrantInnengruppen und migrationspolitische Kernprobleme sein. Mit dem Datendienst wollen wir jenen eine Hilfestellung bieten, die sich beruflich oder aus Interesse mit Migrationspolitik befassen.

Ab Januar 2002 erscheint alle drei Monate der „Mediendienst“. Er richtet sich an alle, die in ihrer Arbeit ein Medium/ Kommunikationsmittel erstellen. Das sind nicht nur klassische JournalistenInnen bei Printmedien, Radio und Fernsehen, sondern auch Betriebs- und PersonalrätInnen, die eine Betriebszeitung herausgeben, Öffentlichkeitsarbeiter in Unternehmen, Redakteure bei Schülerzeitschriften oder Informationsblättern, die von Initiativen herausgegeben werden und so weiter.

Angeboten werden komplette Artikel, die nachgedruckt werden können, Hintergrundmaterial, Quellen für eigene Recherche, Namen von Interviewpartnern und externen Experten, die sich zu einem Thema kompetent äußern können, Schaubilder und einiges mehr.

Rechte türkischer MigrantInnen

„Europarecht für türkische Staatsangehörige“ ist der Titel des Jahrbuchs 2001-2002 des in Hamburg ansässigen Instituts für Türkisch-Europäische Studien (ITES). Die Grundlage des Jahrbuchs bildet eine Tagung, die gemeinsam mit der „Initiative Zentrum für Europawissenschaften“ an der Johann Wolfgang Goethe-Universität und mit Unterstützung des Bereichs Migration und Qualifizierung im Dezember 2000 durchgeführt wurde.

Das Jahrbuch bilanziert die Wirkung der 1980 gefassten Beschlüsse des Assoziationsrats, die türkischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen besondere Aufenthalts- und Beschäftigungsrechte verschaffen und eine sozialrechtliche Diskriminierung türkischer Staatsbürger verbietet. Neben dieser Bilanz werden Fragen nach der künftigen Entwicklung des Verhältnisses zwischen EU und der Türkei aufgeworfen. Zu Wort kommen Wissenschaftler, Vertreter aus Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften sowie der türkischen Botschaft in Deutschland.

ITES-Jahrbuch 2001-2002. Europarecht für türkische Staatsangehörige – 20 Jahre Assoziationsratsbeschlüsse. Hrsg. Harun Gümrükçü/ Rolf Gutmann/ Manfred Zuleeg
Das ITES-Jahrbuch kann für eine Schutzgebühr von DM 29,80 **bestellt werden bei:**
Institut für Türkisch-Europäische Studie (ITES)
Alsterterrasse 2, 20354 Hamburg, Tel.: 040/410 21 21,
Fax: 41 35 01 70, E-Mail: ITES-Hamburg@t-online.de

AUSLÄNDER IN LEIPZIG

Detaillierte Daten

Ein Faltblatt mit einer detaillierten Aufstellung über die in Leipzig lebenden Ausländer haben das örtliche Amt für Statistik und der Ausländerbeauftragte herausgegeben. Aufschlüsselungen nach Herkunftsstaaten, Alter, Bildungsbeteiligung, Aufenthaltsstatus und so weiter geben Aufschluss über die Situation. Da sich viele Kommunen schwer tun, Daten zu ermitteln und dann auch noch gut aufbereitet zu veröffentlichen, zeigt dieses Faltblatt, dass und wie das möglich ist – für andere Städte durchaus zur Nachahmung empfohlen.

Informationen bei: Referat Ausländerbeauftragter
04092 Leipzig, Tel.: 0341 / 123 26 90,
Fax: 0341 / 123 26 95, www.leipzig.de

Kommentar

EU-ERWEITERUNG – LUST ODER LAST?

Erwin Lanc (SPÖ)
war Verkehrs-, Innen- und Außenminister der Republik Österreich.



plätze schaffen, die eine Westwanderung der Arbeitskräfte verringern. In Gesprächen mit jungen Polen vor einigen Wochen

vielmehr, nicht nur mediterrane, westeuropäische und nordische Lebensauffassungen in das bisherige EU-Europa einzubringen, sondern nunmehr auch die Chance zu nutzen, die vorwiegend slawischen Völker anzunehmen. Das macht geistige Ostlandfahrer obsolet, das bezwingt das Misstrauen, manchmal Minderwertigkeitsgefühl jener Völker, die einmal vom Osten, einmal vom Westen, oftmals von beiden dominiert, ja zeitweise auf der Landkarte ausgeradiert wurden. Aus einem Westeuropa, dass sich anmaßt, Europa zu sein, kann so – Schritt für Schritt – ein Europa werden, das dem geografischen und kulturellen Begriff näher kommt, das eng mit Russland zusammenarbeitet und im Austausch zwischen Rohstoffen und Hochtechnologie einen Grad ökonomischer Unabhängigkeit erreicht, der den Kampf um Rohstoffe erspart und damit den Frieden sichert.

Wenn auch noch so mancher harte Brocken offen ist, die Verhandlungen mit den Vorzugskandidaten für eine Aufnahme in die EU gehen zügig voran. Das hat offenbar auch die Wirtschaft erwartet. Im Euro-land ist im Vorjahr das Bruttoinlandsprodukt real um 3,5% gewachsen, für 2001 sind 1,6% prognostiziert. Die Vergleichswerte in Polen: 4 bzw. 1,9%, in der Slowakei 2,2 bzw. 2,5%, in Slowenien 4,6 bzw. 3,9%, in Tschechien 2,9 bzw. 3,6%, in Ungarn 5,2 bzw. 4,1%. Die „Neuen“ sind also keine Wachstumshemmer, im Gegenteil. Wer ihren Beitritt ernsthaft in Frage stellt, untergräbt das Vertrauen der Investoren in diese Länder, verteuert deren Beitritt. Investitionen sollen aber jene Arbeits-

habe ich nichts von „go west“ gehört, solange die Zukunftsaussichten zu Hause intakt sind. Der Druck der Billigarbeitskräfte wächst, je länger die Löhne zu Hause niedrig bleiben. Das passiert zwangsläufig, wenn diese Länder abgeschottete Märkte bleiben, nicht in die EU dürfen. Es wäre dennoch falsch, ein neues, erweitertes Europa allein aus der materiellen Perspektive zu betrachten. Schon in den jetzigen 15 Mitgliedsstaaten wird die EU von ihren Bürgern wegen der mangelhaften Entwicklung eines gemeinsamen Bewusstseins kritisiert. Sich ständig am längst geschaffenen gegenseitigen Vertrauen zwischen Frankreich und Deutschland zu ergötzen, reicht wohl nicht. Es gilt

Impressum

FORUM MIGRATION Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V., Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Tel: 0211/43 01-141 (-351) **Erscheinungsweise** monatlich **Verantwortlich** für den Inhalt: Leo Monz, **Koordination:** Klemens Büsch **Redaktion:** Bernd Mansel, Berlin **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** toennes satz + druck gmbh, Erkrath **Forum Migration** wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gefördert.